Gesetz vom, mit dem das Burgenländische Sozialhilfegesetz 2000 und das Burgenländische Pflegegeldgesetz geändert werden

Der Landtag hat beschlossen:

Artikel 1

Das Burgenländische Sozialhilfegesetz 2000 - Bgld. SHG 2000, LGBl. Nr. 5, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 17/2009, wird wie folgt geändert:

1. Im Inhaltsverzeichnis wird nach dem Eintrag zu § 56 folgender Eintrag eingefügt:

„§ 56a Kosten für die 24-Stunden-Betreuung pflegebedürftiger Personen“

2. In § 11 Abs. 1 letzter Satz wird das Wort „oder“ zwischen den Worten „amtsärztliches“ und „sozialarbeiterisches“ durch die Wortfolge „und im Bedarfsfall ein“ ersetzt.

3. Dem § 43 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:

„Das konkrete Ausmaß des Anspruchsüberganges ist durch Verordnung der Landesregierung festzusetzen.“

4. Nach § 56 wird § 56a eingefügt:

„§ 56a

Kosten für die 24-Stunden-Betreuung pflegebedürftiger Personen

Die Kosten, die durch die Gewährung der Förderungen von Unterstützungen der 24-Stunden-Betreuung pflegebedürftiger Personen im Rahmen eines Betreuungsverhältnisses nach HBeG entstehen, werden im Sinne der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die gemeinsame

Förderung der 24-Stunden-Betreuung, LGBl. Nr. 27/2009 in der jeweils geltenden Fassung, im Verhältnis 40 (Land) und 60 (Bund) finanziert.“

5. § 80 Abs. 2 lautet:

„(2) Verordnungen aufgrund dieses Gesetzes dürfen auch rückwirkend, frühestens jedoch mit dem Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx, in Kraft gesetzt werden.“

6. Dem § 80 wird folgender Abs. 6 angefügt:

„(6) Das Inhaltsverzeichnis, § 11 Abs. 1, § 43 Abs. 2, § 56a und § 81 Abs. 1 Z 7 in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. xx/xxxx treten mit 1. Jänner 2012 in Kraft.“

7. In § 81 Abs. 1 Z 7 wird am Ende der Ziffer der Punkt durch einen Strichpunkt ersetzt und folgende Z 8 angefügt:

„8. Hausbetreuungsgesetz – HBeG, BGBl. I Nr. 33/2007 in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 57/2008.“

Artikel 2

Artikel I

Das Burgenländische Pflegegeldgesetz - Bgld. PGG, LGBl. Nr. 58/1993, in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 47/2011, wird wie folgt geändert:

1. Im Inhaltsverzeichnis wird der Eintrag „§ 17b Zuwendungen für eine 24-Stunden-Betreuung pflegebedürftiger Personen“ durch den Eintrag „§ 17b entfällt“ ersetzt.

2. § 17b entfällt.

Artikel II

Die Änderung des Inhaltsverzeichnisses und der Entfall des § 17b treten mit 1. Jänner 2012 in Kraft.“

VORBLATT

Problem:

Durch das Pflegegeldreformgesetz 2012, BGBl. I Nr. 58/2011, geht die Kompetenz für die Zuerkennung von Pflegegeld ab 1. Jänner 2012 zur Gänze auf den Bund über. Das Burgenländische Landespflegegeld wird mit 1. Jänner 2012 zu einem Bundesgesetz und tritt gleichzeitig außer Kraft. Dadurch wurde eine Novelle des Bgld. SHG 2000 insoweit erforderlich, als die Regelung des § 17b Abs. 2 Bgld. PGG in das Bgld. SHG 2000 übergeführt werden muss, womit gleichzeitig diese Regelung im Bgld PGG zu entfallen hat. Aufgrund der Notwendigkeit dieser Novelle wurden weitere anstehende Änderungen durchgeführt.

Ziel:

Durch die vorliegende Novelle wird eine Rechtsgrundlage für die Übernahme der Kosten für die Förderung der 24-Stunden-Betreuung geschaffen, die Einheitlichkeit der Vollziehung erhöht und eine größere Transparenz gewährleistet.

Inhalt:

Die Übernahme der Kosten für die Förderungen der 24-Stunden-Betreuung pflegebedürftiger Personen gemäß der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gem. Art. 15a B-VG hat eine neue gesetzliche Grundlage erhalten. Interpretationsspielräume wurden beseitigt und das Ausmaß des Anspruchsüberganges für pflegerische Leistungen in teilstationären Einrichtungen wurde auf eine verordnungsmäßige Grundlage gestellt. Mit der Möglichkeit einer rückwirkenden Inkraftsetzung von Verordnungen wurde ein größerer zeitlicher Spielraum geschaffen.

Alternativen:

Keine

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

EU-Rechtskonformität:

Gegeben

ERLÄUTERUNGEN

A) Allgemeiner Teil

Durch das Pflegegeldreformgesetz 2012, BGBl. I Nr. 58/2011, geht die Kompetenz für die Zuerkennung von Pflegegeld ab 1. Jänner 2012 zur Gänze auf den Bund über. Das Burgenländische Landespflegegeld wird mit 1. Jänner zu einem Bundesgesetz und tritt gleichzeitig außer Kraft.

Dadurch ist es erforderlich, die Bestimmung des derzeitigen § 17b Abs. 2 Burgenländisches Pflegegeldgesetz betreffend die Kosten für Zuwendungen für eine 24-Stunden-Betreuung pflegebedürftiger Personen im Sinne der Vereinbarung gem. Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die gemeinsame Förderung der 24-Stunden-Betreuung in das Bgld. SHG 2000 zu übernehmen. Daraus ergibt sich, dass § 17b im Bgld. PGG zu entfallen hat.

Weiters wurde bei einer Unterbringung in einer stationären Einrichtung insoweit eine Änderung vorgenommen, als neben einer ärztlichen Stellungnahme im Bedarfsfall jedenfalls auch eine sozialarbeiterische Stellungnahme für die Begründung der Notwendigkeit der Unterbringung in einer stationären Einrichtung – es handelt sich hierbei vor allem um Altenwohn- und Pflegeheime - erforderlich ist, es sei denn, dass der Betroffene bereits Pflegegeld der Stufe 4 zuerkannt erhalten hat.

Im Zuge dieser notwendigen Novellierung des Bgld. SHG 2000 wurde gleichzeitig eine Verordnungsermächtigung in § 43 Abs. 2 Bgld. SHG 2000 aufgenommen, um das Ausmaß des Anspruchsüberganges auf pflegebezogene Geldleistungen, der derzeit erlassmäßig festgesetzt ist, gesetzlich zu regeln.

Die Möglichkeit der rückwirkenden Inkraftsetzung von Verordnungen gibt zeitlich einen etwas größeren Spielraum, da zum Teil bundesgesetzliche Regelungen abgewartet werden müssen.

B) Besonderer Teil

Artikel 1

Zu Z 1:

Aufgrund der Einfügung des § 56a wurde die Ergänzung des Inhaltsverzeichnisses erforderlich.

Zu Z 2:

Durch das Ersetzen des Wortes „oder“ durch die Worte „und im Bedarfsfall ein“ wurde eine immer wieder aufgeworfene Interpretationsproblematik, ob ein ärztliches Gutachten ausreicht oder zusätzlich ein sozialarbeiterisches Gutachten einzuholen ist, insoweit gelöst, als ein sozialarbeiterisches Gutachten jedenfalls bei einem negativen ärztlichen Gutachten oder bei Hinweisen auf eine Verwahrlosung einzuholen ist.

Zu Z 3:

Zurzeit ist der Prozentsatz des Ausmaßes des Anspruchsüberganges erlassmäßig geregelt. Mit dieser Bestimmung wird nun eine Verordnungsermächtigung für die Landesregierung geschaffen und ist damit eine größere Transparenz dieser Regelung gegeben.

Zu Z 4:

Zwischen dem Bund und den Ländern wurde eine Vereinbarung nach Art. 15a B-VG abgeschlossen, die die Kostenteilung für die Förderungen von Unterstützungen der 24-Stunden-Betreuung pflegebedürftiger Personen regelt. Da das Bgld. Pflegegeldgesetz mit 1. Jänner 2012 außer Kraft tritt, war es notwendig diese Regelung in das Bgld. SHG 2000 überzuleiten.

Zu Z 5:

Die Möglichkeit eine Verordnung auch rückwirkend in Kraft zu setzen, eröffnet eine größere zeitliche Spanne, zumal teilweise auch bundesgesetzliche Regelungen abgewartet werden müssen.

Zu Z 6:

Die vorhergehenden Regelungen treten mit 1. Jänner 2012 in Kraft.

Zu Z 7:

Die Verweise waren durch das Hausbetreuungsgesetz – HbeG zu ergänzen.

Artikel 2**Zu Artikel I Z 1:**

Aufgrund des Entfalls des § 17b war das Inhaltsverzeichnis entsprechend abzuändern.

Zu Artikel I Z 2:

Aufgrund der Tatsache, dass es durch das Pflegegeldreformgesetz 2012 ab 1. Jänner 2012 keine Landespflegegeldbezieher gibt und die inhaltlichen Übernahme des § 17 b Abs. 2 Bgld. PGG in das Bgld. SHG 2000 hat § 17b Bgld. PGG zu entfallen.

Zu Artikel II:

Die vorhergehenden Regelungen treten mit 1. Jänner 2012 in Kraft.